

Im Westen steigt das Armutsrisiko

Im Südwesten ist jeder Zehnte bedroht – Fast zwei Millionen Kinder auf Hartz-IV angewiesen

Von Larissa Koch, RNZ Berlin

Berlin. Die Steuereinnahmen sprudeln, die Arbeitslosenquote ist historisch niedrig und die Wirtschaft entwickelt sich gut. Dennoch sind viele Menschen von Armut bedroht – zunehmend in den alten Bundesländern. Hintergründe:

> **Wer gilt in Deutschland als arm?** Als von Armut bedroht gilt jeder, der mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung auskommen muss. Bei Singles sind das 942 Euro im Monat oder weniger. Mehr als jeder siebte Einwohner ist betroffen.

> **Wie haben sich die Zahlen in den letzten zehn Jahren entwickelt?** 15,7 Prozent der Menschen in Deutschland waren 2015 armutsgefährdet – das ist ein Prozentpunkt mehr als 2005 und der höchste Wert seit der Wiedervereinigung.

> **Welche regionalen Unterschiede gibt es?** In den alten Ländern ist die Zahl armer Menschen in den letzten zehn Jahren gestiegen. In den neuen Ländern hat sich dagegen die Situation entschärft – mit Ausnahme von Berlin. In den alten Ländern waren 2015 14,7 Prozent armutsgefährdet (plus 1,5 Punkte), in den neuen 19,7 Prozent (minus 0,7 Punkte). Den stärksten Anstieg über zehn Jahre verzeichnet Nordrhein-Westfalen: um 3,1 Prozentpunkte auf 17,5 Prozent. Der Armuts-Rückgang war am stärksten in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern (je 2,4 Punkte minus). In Bayern (11,6 Prozent) und Baden-Württemberg (11,8 Prozent) ist gut jeder Zehnte von Armut bedroht.

> **Wer ist besonders von Armut bedroht?** Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung waren im Jahr 2015 fast zwei Millionen Kinder auf Hartz-IV-Leistungen

angewiesen – das sind 52 000 mehr als 2011. Das höchste Armutsrisiko hat der Nachwuchs von Alleinerziehenden oder aus kinderreichen Familien.

> **Was hat die Regierung im Kampf gegen Armutsrisiken unternommen?** Zur Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit hat die Bundesregierung mehrere Sonderprogramme aufgelegt, konnte die Zahlen bisher aber nicht reduzieren. Das Kabinett hat am Mittwoch eine Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze beschlossen.

> **Verschärft sich die Lage durch den Flüchtlingszuzug?** Wie eine Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, ist das Armutsrisiko unter Flüchtlingen gestiegen. Bei der einheimischen Bevölkerung stagniert der Anteil dagegen seit 2011 bei 12,5 Prozent. Die Einwanderung führt demnach nicht zu einer Verarmung der einheimischen Bevölkerung.